

Jan Šenkyř

Hoffnung für den Balkan – Wahlsieg der Demokraten in Kroatien

In Kroatien hat bei den Parlamentswahlen am 3. Januar und Präsidentschaftswahlen am 7. Februar 2000 erstmals seit dem zehnjährigen Bestehen des Staates ein demokratischer Machtwechsel stattgefunden. Der Sieg der Oppositionskoalition in beiden Wahlgängen hat das Ende der Tuđman-Ära besiegt. Das Land hat jetzt gute Voraussetzungen, einen konsequenten Systemwechsel einzuleiten und sich den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas auf ihrem Weg in die Europäische Union anzuschließen. Die neuen Machthaber in Zagreb stehen vor der schwierigen Aufgabe, die während der autoritären Herrschaft Tuđmans und seiner „Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft“ angehäuften Probleme zu lösen und das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Der reibungslose Wechsel in Kroatien ist in der krisenerschütterten Balkanregion einmalig und erweckt Hoffnungen, auch in anderen Nachfolgestaaten Ex-Jugoslawiens Schule zu machen.

Die politische Landkarte in Südosteuropa ändert ihre Farben. In Kroatien wurde mit dem Sieg der demokratischen Opposition bei den Parlamentswahlen am 3. Januar und Präsidentschaftswahlen am 7. Februar 2000 ein Epochentausch eingeleitet. Die bisher alles kontrollierende Partei des verstorbenen Präsidenten Franjo Tuđman, Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ), ist von den wichtigsten Machtpositionen entfernt worden. Weniger als zwei Monate nach dem Tod des autokratischen Staatsgründers ist damit das „System Tuđman“ zusammengebrochen. Für Kroatien eröffnet sich nun die Chance, den demokratischen Systemwechsel zu vollenden und sich auf den Weg nach Europa zu begeben.

Der Sieg der vereinten Opposition über die Regierungspartei bei den Parlamentswahlen hatte sich schon länger angedeutet. Das Ausmaß der Niederlage, welche die vom verstorbenen Präsidenten Tuđman ohne Führung hinterlassene HDZ hinnehmen musste, war dennoch überraschend. Seit der Staatsgründung 1990 hatte die HDZ, die unter der Führung Tuđmans zur Staatspartei aufgestiegen war, alle Wahlen siegreich für sich entschieden. Mit einem Wahlergebnis von nur 30 Prozent der Stimmen wird sie sich jetzt mit der Rolle einer gewöhnlichen Oppositionspartei begnügen müssen. Die Mitte-Links-Koalition von Sozialdemokraten (SDP) und Sozialliberalen (HSLS) erhielt 47 Prozent der Stimmen und verfehlte nur knapp die absolute Mehrheit in der Abgeordnetenkammer des Parlamentes (*Sabor*). Das zweite Oppositionsbündnis, bestehend aus vier kleineren Parteien (Bauernpartei, Volkspartei, Liberale Partei und Istrische Regionalpartei – „Viererkoali-

tion“) konnte 16 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Zusammen werden die Oppositionsformationen eine Regierung bilden, die durch eine komfortable Mehrheit im Parlament gestützt wird.

Bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen am 24. Januar 2000 gingen die beiden Kandidaten der Opposition als Sieger hervor. Der für die „Viererkalition“ angetretene Stipe Mesić hatte mit über 41 Prozent der Stimmen die erste Wahlerunde mit großem Vorsprung für sich entschieden. Der Kandidat der SDP-HSLS-Koalition, Dražen Budiša, dem noch vor einigen Wochen gute Chancen für einen Wahlsieg eingeräumt wurden, erreichte nur 28 Prozent der Stimmen. Mate Granić, Außenminister und Kandidat der HDZ, fiel als Dritter mit 22 Prozent aus dem Rennen. Bei der Stichwahl am 7. Februar 2000 ist erwartungsgemäß Stipe Mesić mit 56 Prozent der Stimmen zum neuen Präsidenten Kroatiens gewählt worden.

Die internationale Presse bezeichnete die Wahlergebnisse in Kroatien als einen Erdrutschsieg der Opposition. Bei genauer Betrachtung der Tatsachen fällt das Bild jedoch etwas nüchtern aus:

- Die HDZ ist nach wie vor stärkste Partei.
- Die Koalition SDP-HSLS erhält 71 von 151 Sitzen in der Abgeordnetenkammer. Damit verfehlt sie die Mehrheit und ist auf ein Bündnis mit den vier kleineren Oppositionsparteien angewiesen.
- Die vier kleineren Oppositionsparteien verfügen über 24 Sitze, beide Wahlbündnisse zusammen stellen demnach 95 Abgeordnete. Das reicht auch unter Hinzuziehung der fünf Mandate für die nationalen Minderheiten nicht für eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit im Parlament aus. Die im Wahlkampf angekündigte Absicht, die weitreichenden Vollmachten des Staatspräsidenten durch eine Verfassungsänderung zu beschneiden, kann nur im Konsens mit der HDZ oder der Rechtspartei HSP durchgeführt werden.
- In der zweiten Parlamentskammer, der Kammer der Banschaften, die über ein Veto-Recht verfügt, besitzt die HDZ weiterhin die Mehrheit. Die zweite Kammer wird erst 2001 neu gewählt.

Dennoch ist der Ausgang der Wahlen in Kroatien als eine historische Wende zu bewerten. Ein vollständiger Machtwechsel nach allen Regeln der Demokratie, in einer unaufgeregten Atmosphäre und ohne jegliche

Zwischenfälle, das ist in dieser von Krieg und ethnischen Konflikten geprägten Region ein bisher einmaliger Vorgang. Mit ihrem Votum haben die Bürger Kroatiens gezeigt, dass sie sich durch nationalistische und populistische Parolen nicht mehr verführen lassen. Der Wunsch nach Demokratie, Rechtsstaat und Zugehörigkeit zur westlichen Wertegemeinschaft ist deutlich zum Ausdruck gekommen. Dies könnte eine Signalwirkung auch für andere Nachfolgestaaten Jugoslawiens haben. Insbesondere in dem unter der Gewaltherrschaft Miloševićs zerrütteten und von aller Welt isolierten Serbien könnte das kroatische Beispiel Schule machen. Aber auch in Bosnien-Herzegowina könnte sich die Lage entspannen, wenn die kroatischen Nationalisten ihre finanzielle und politische Unterstützung aus Zagreb verlieren.

■ Situation vor den Wahlen

Kroatien ist infolge des Krieges in seiner Entwicklung zurückgeblieben und steht praktisch noch am Anfang des Transformationsprozesses. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen haben sich seit Erlangen der staatlichen Souveränität im Jahre 1991 kaum verändert. Der im Dezember 1999 verstorbene Staatspräsident Franjo Tuđman und dessen Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ) haben das Land durch einen nationalistisch und autoritär geprägten Regierungsstil in die wirtschaftliche Misere und politische Isolation geführt. Dringend erforderliche Reformen der Gesellschaft und Wirtschaft sind ausgeblieben. Noch Anfang der neunziger Jahre schnitt Kroatien hinsichtlich des Wirtschaftspotenzials gleich mit Slowenien ab. Gegenwärtig zeichnet sich das Land durch eine sich hinziehende Wirtschaftskrise, hohe Arbeitslosigkeit und einen sinkenden Lebensstandard aus.

Obwohl Kroatien aufgrund seiner gut ausgebildeten Arbeitskräfte und günstigen geographischen Lage gute Entwicklungsmöglichkeiten besitzt, ist die Wirtschaft seit 1990 nicht richtig in Gang gekommen. Dies ist sowohl auf die Folgen des Krieges als auch auf Reformstau, Vetternwirtschaft und Korruption zurückzuführen. 1998 führten wachsende Zahlungsschwierigkeiten von Unternehmen und Geldinstitionen zu Produktionsschwierigkeiten, mehrere

Banken sind in Konkurs gegangen. Eine wichtige Einnahmequelle, der Tourismus, ist – nicht zuletzt wegen des Kosovo-Krieges – ausgefallen.

Die schlechte wirtschaftliche und politische Situation schürte die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem herrschenden Regime. Bereits Anfang 1999 zeichnete sich ein deutlicher Anstieg der Wählerpräferenzen zu Gunsten der Opposition ab. Tuđman und seine HDZ haben zu spät erkannt, dass die bislang alles beherrschenden nationalen Themen nicht mehr im Vordergrund des Interesses der Bürger stehen. Seit der Rückeroberung der von Serben kontrollierten „Republik Krajina“ 1995 und der Wiedereingliederung Ostslawoniens in die Hoheitsgewalt Zagrebs 1998 ist die Frage der territorialen Souveränität Kroatiens geklärt. Seither stehen wirtschaftliche und soziale Themen im Vordergrund.

Die Oppositionsparteien haben den Stimmungswechsel rechtzeitig erkannt. Um ihre Wahlchancen gegenüber der HDZ weiter zu verbessern, bildeten sie im Laufe des Jahres 1999 Allianzen.

Zunächst haben sich sechs Parteien der Opposition (die seitdem als *Sestorica*, das Sechserbündnis, bezeichnet werden) verpflichtet, nach den Wahlen kein Regierungsbündnis mit der HDZ einzugehen. Im August 1999 schlossen sich die zwei stärksten Oppositionsparteien, die Sozialdemokratische Partei (SDP) und die Kroatische Sozialliberale Partei (HSLS) zu einem Wahlbündnis zusammen. Die vier kleineren Parteien, die Kroatische Volkspartei (HNS), die Bauernpartei (HSS), die Liberale Partei (LS) und die regionale Istrische Demokratische Versammlung (IDS) kündigten ebenfalls die Bildung einer gemeinsamen Kandidatenliste an.

Im Mai 1999 konnte zuerst eine informelle Einigung zwischen der HDZ und der vereinigten Opposition über das neue Wahlgesetz erreicht werden. Das alte Wahlgesetz, im wesentlichen ein Mehrheitswahlrecht, war vor allem wegen des Stimmrechts für die sogenannten Diaspora-Kroaten umstritten. Damit waren in erster Linie die Kroaten im benachbarten Bosnien-Herzegowina gemeint, die als sichere Wähler der HDZ gelten. Im September wurden die Gespräche zwischen Opposition und Regierung jedoch abgebrochen. Die HDZ legte daraufhin einen eigenen Entwurf im Parlament vor. Obwohl darin die we-

sentlichen Punkte der Forderungen der Opposition enthalten waren, ein wichtiger Streitpunkt – nämlich die Umwandlung des von der HDZ kontrollierten staatlichen Fernsehens in eine öffentlich rechtliche Institution westlichen Musters – wurde nicht berücksichtigt.

Auf den Alleingang der HDZ beim Wahl- und Medienrecht reagierten die sechs Oppositionsparteien mit einer weiteren Festigung ihrer Zusammenarbeit durch die Formierung einer breiten Koalition. Damit hatte sich die seit längerem zu beobachtende Tendenz bestätigt, dass eine Verschärfung der politischen Auseinandersetzung in Kroatien die Opposition eint – und nicht wie in Serbien zu deren Atomisierung führt.

Die akute Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Staatspräsident Franjo Tuđman im November 1999 und dessen wochenlanger Aufenthalt auf der Intensivstation führten zu einer Paralysierung des politischen Lebens. Die HDZ wurde ohne ihren „Ürvater“ handlungsunfähig: Ohne Tuđman traute sich niemand im Regierungslager, wichtige Entscheidungen zu treffen. Da die kroatische Verfassung keine Regelung für den Fall einer längeren Verhinderung des Staatspräsidenten beinhaltet, konnte auch nicht geklärt werden, wer an Stelle Tuđmans wichtige Gesetze unterzeichnen sollte. Dies führte u. a. zu einer weiteren Verschiebung des für den 22. Dezember 1999 angekündigten Wahltermins. Nach dem Tod Tuđmans am 10. Dezember 1999 übernahm Parlamentspräsident Vlatko Pavletić kommissarisch die Aufgaben des Staatsoberhauptes. Der Termin für die Wahlen zur Abgeordnetenkammer des kroatischen Parlaments wurde auf den 3. Januar 2000 festgesetzt. Drei Wochen später – am 24. Januar 2000 – sollte der neue Staatspräsident gewählt werden.

■ Der Wahlkampf

Der Wahlkampf wurde erst am 14. Dezember 1999, einen Tag nach der Beerdigung von Staatspräsident Tuđman, offiziell begonnen. In das Rennen gingen 35 Parteien sowie 15 Parteienkoalitionen, die insgesamt über 4000 Kandidaten präsentierten. Die Wahlkampagne verlief überraschend ruhig und ohne größere Zwischenfälle. Die HDZ war durch den Verlust ihres Gründers und Vorsitzenden sichtlich angeschlagen und brachte kaum noch Energie für einen effizienten

Wahlkampf auf. Die Handlungsfähigkeit der Partei wurde zudem durch unterschwellige Flügelkämpfe stark beeinträchtigt. Die Koalition der SDP und HSLS verschaffte sich einen leichten Vorteil, indem sie ihre beiden Vorsitzenden Ivica Račan und Dražen Budiša als Kandidaten für die künftige Regierungs- und Staatsspitze präsentierte. Die HDZ konnte mit keinem konkreten Gegenkandidaten parieren, die Entscheidung über den HDZ-Präsidentenwahlkandidaten sollte erst nach den Parlamentswahlen gefällt werden.

Inhaltlich war der Wahlkampf eher blass. Die HDZ-Wahlpropaganda, die vor einer Rückkehr von „Roten“ (Kommunisten) und vor der Preisgabe der „nationalen Interessen“ warnte, fand bei den Bürgern keine Resonanz. Die Bevölkerung beschäftigte viel mehr, dass vier Jahre nach Kriegsende die HDZ-Güntlingswirtschaft bei der Privatisierung von Staatsunternehmen eine Arbeitslosigkeit von etwa 20 Prozent geschaffen hat. Dieses Thema wurde von der Opposition effektiv aufgegriffen.

Insofern zeichnete sich bereits vor dem Wahlgang das Ergebnis der Bürgerabstimmung ziemlich klar ab. Letzte Umfragen prognostizierten einen Stimmenanteil von 35 Prozent für die Zweierkoalition SDP-HSLS und 15 Prozent für das Viererbündnis (HNS, HSS, LS, IDS). Für die HDZ wurden lediglich 25 Prozent erwartet, ein Wert, der sich seit dem Tod Tuđmans übrigens kaum verändert hat: der „Mitleidseffekt“ ist ausgeblieben. Daran konnte auch die einseitig regierungsfreundliche Berichterstattung der staatlichen Medien nichts ändern.

■ **Die Wahlergebnisse**

Am 3. Januar 2000 wurde die Abgeordnetenkammer des kroatischen Parlaments (*Sabor*) neu gewählt. Stimmberechtigt waren über 4,24 Millionen Wähler, unter ihnen mehr als 350 000 im Ausland. In 47 Staaten – darunter vor allem im benachbarten Bosnien-Herzegowina und auch in Serbien und Montenegro – begann die Abstimmung in Botschaften, Konsulaten und sonstigen Vertretungen schon am Vortag. Gewählt wurde nach dem am 29. Oktober 1999 verabschiedeten neuen Wahlgesetz, das ein reines Verhältniswahlrecht vorsieht. Es gab insgesamt 12 Wahleinheiten – zehn territoriale Wahlbezirke auf dem Gebiet Kroatiens, in denen jeweils 14 Sitze zur Wahl standen, eine

Wahleinheit mit fünf Sitzen für die nationalen und ethnischen Minderheiten sowie eine Wahleinheit für die sogenannten Auslands-Kroaten. Deren Wahlbeteiligung entschied über die Zahl der übrigen Parlamentssitze.

5500 kroatische und über 400 ausländische Wahlbeobachter überwachten die Abstimmung. Nach übereinstimmenden Angaben verliefen die Wahlen ruhig und ohne nennenswerte Zwischenfälle.

Die offiziellen Wahlergebnisse wurden am 18. Januar 2000 bekannt gegeben.

Demnach wird das neue Abgeordnetenhaus des *Sabors* aus insgesamt 151 Sitzen bestehen. Davon fallen auf die Koalition der Sozialdemokratischen Partei/Sozialliberalen Partei (SDP/HSLS) 71 Sitze.

Die Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ) wird 46 Sitze einnehmen.

Das Wahlbündnis der Bauernpartei, der Volkspartei, der Liberalen Partei und Istrischen Regionalpartei (HSS/HNS/LS/IDS) wird über 24 Mandate verfügen.

Die Koalition der Kroatischen Rechtspartei/Kroatischen Christlich Demokratischen Union (HSP/-HKDU) erhält fünf Sitze.

Fünf Sitze stehen den gewählten Vertretern der nationalen Minderheiten zu.

I Wahlergebnisse der wichtigsten Parteien und Koalitionen:

Sozialdemokratische Partei/ Kroatische Sozialliberale Partei (SDP/HSLS)	47,00 %	71 Sitze
Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ)	30,46 %	46 Sitze
Kroatische Bauernpartei/ Kroatische Volkspartei/ Liberalen Partei/ Istrische Demokratische Versammlung (HSS/HNS/LS/IDS)	15,89 %	24 Sitze
Kroatische Rechtspartei/ Kroatische Christliche und Demokratische Union (HSP/HKDU)	3,31 %	5 Sitze
Nationale Minderheiten		5 Sitze
insg. in der Abgeordnetenkammer des Parlaments		151 Sitze

Quelle: Kroatische Wahlkommission

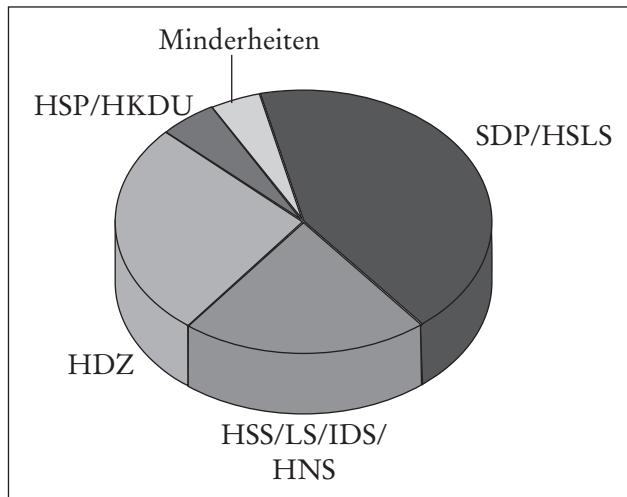


I Aufteilung der 10 Wahlkreise (Izborne jedinice) auf dem Gebiet Kroatiens:

(Wahlkreis 11: Kroaten im Ausland, Wahlkreis 12: nationale und ethnische Minderheiten)

Die Wahlbeteiligung in den zehn Wahlbezirken Kroatiens lag bei 76,52 Prozent. In der Diaspora (11. Wahlbezirk) gingen lediglich 35,22 Prozent zur Wahl. Bei den nationalen Minderheiten, die landesweit wählten (12. Wahlbezirk), bemühten sich nur 22,17 Prozent zu den Wahlurnen. Insgesamt betrug die Wahlbeteiligung 70,48 Prozent.

Quelle: Kroatische Wahlkommission



I Zusammensetzung der Abgeordnetenkammer des kroatischen Parlamentes

Die Zusammensetzung der Abgeordnetenkammer ergibt drei Gruppierungen:

1. Die beiden Oppositionsbündnisse „Zweierkoalition“ (SDP/HSLS) und „Viererkoalition“ (HSS/

HNS/LS/IDS). Sie werden zusammen die Regierung stellen. Als neuer Regierungschef steht der sozialdemokratische Parteivorsitzende Ivica Račan fest.

2. Der Wahlverlierer, die Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ), wird die Rolle der Opposition übernehmen. Ihr Einfluss wird aber weiterhin nicht unbedeutend sein: sie verfügt nach wie vor über eine Mehrheit in der zweiten Parlamentskammer (42 von 68 Sitzen), sie besetzt viele Schlüsselpositionen im Staatsapparat, im Militär, in der Justiz und der Wirtschaft. Ihre weitere Zukunft ist allerdings ungewiss, ein Zerfall in mehrere Splitterparteien ist durchaus möglich.
3. Das rechtskonservative Wahlbündnis Kroatische Rechtspartei/Kroatische Christlich Demokratische Union (HSP/HKDU). Die Fraktion steht der HDZ näher als dem Regierungsbloc, stellt jedoch nur fünf Abgeordnete und hat dementsprechend wenig Einfluss.

Hinzu kommen noch fünf Abgeordnete der Minderheiten, deren politisches Verhalten eher wechselhaft sein wird.

■ Die zukünftigen Regierungsparteien

Stärkste Kraft im Regierungsbloc sind die Sozialdemokraten (SDP – Sozialdemokratische Partei). Sie sind die Nachfolgepartei des Bundes der Kommunisten, der jedoch 1990 etliche Spaltungen erlebte. Parteichef ist Ivica Račan, der bereits 1989 Vorsitzender des Zentralkomitees der kroatischen Kommunisten war. In den siebziger Jahren war Račan als jüngstes ZK-Mitglied für die Säuberung der Universität Zagreb zuständig. Eines der Säuberungsopfer war der damalige Studentenführer Dražen Budija – heute Parteichef der Sozialliberalen Partei und enger Verbündeter Račans. Die derzeitige Popularität der Sozialdemokraten ist vor allem auf die Unzufriedenheit der Kroaten zurückzuführen, die nach entbehrungsreichen Jahren des „Vaterländischen Krieges“ ihre sozialen Interessen wieder entdeckten. Mitgliederzahl: 10 000.

Die Sozialliberalen (HSLS – Kroatische Sozialliberale Partei) schauen auf eine relativ kurze Geschichte zurück. Die Partei wurde 1989 gegründet und war bei allen bisherigen Wahlen die stärkste Oppositions-

kraft. Aufgrund andauernder Flügelkämpfe konnte die Partei kein klares Profil gewinnen. Parteichef Dračen Budisa lässt sich mehr von nationalen als liberalen Impulsen leiten und stützte zum Verdruss seiner Anhänger in entscheidenden Momenten immer wieder das Regime von Tuđman. Dies führte schließlich zur Abspaltung der kleinen Liberalen Partei (LS), die eine Zusammenarbeit mit der HDZ ablehnte. Mitgliederzahl: HSLS – 14 000, LS – 3500.

Als eine Mittelstandspartei konnte sich die Volkspartei (HNS – Kroatische Volkspartei) von Radimir Čačić profilieren. Čačić ist selber ein erfolgreicher Wirtschaftsmann, der nicht nur Manager, sondern auch intellektuelle Liberale an sich zieht. Mitgliederzahl: 24 700.

Die Bauernpartei (HSS – Kroatische Bauernpartei) versteht sich als Nachfolgepartei der Traditionspartei aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Ihre Wirtschaft rekrutiert sich vor allem aus den ländlichen Gebieten im Norden Kroatiens. Mitgliederzahl: 45 000.

Die Istrische Regionalpartei (IDS – Istrische Demokratische Versammlung) ist nur auf der Halbinsel Istrien vertreten, wo sie die stärkste politische Kraft stellt. Sie vertritt vor allem die Interessen des regionalen Tourismus-Managements und ist dementsprechend bemüht, gute Voraussetzungen für die Stärkung des Fremdenverkehrs zu schaffen.

■ Die Opposition

Der seit der Staatsgründung vor zehn Jahren uneingeschränkt herrschenden Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ) droht nach dem Debakel bei den Parlamentswahlen der Zerfall. Als breite nationale Bewegung 1989 von Tuđman gegründet, transformierte sie sich nach der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit Kroatiens zur Partei der Macht. Tuđmans autoritärer Führungsstil sorgte einerseits dafür, dass die heterogene politische Bewegung zusammenhielt, anderseits wurde das Aufkommen von möglichen Konkurrenten und potentiellen Nachfolgern im Ansatz verhindert. Nach dem Tod Tuđmans droht jetzt die Spaltung der Partei. Unterschwellige Flügelkämpfe zwischen „Gemäßigten“ und „Hardlinern“ gab es schon seit längerer Zeit, nun werden sie in einem offenen Machtkampf ausgetragen.

■ Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen

Bereits die Frage der Nominierung eines Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen am 24. Januar 2000 wurde für die HDZ zu einer Zerreißprobe. Obwohl aus ihren Reihen nach allen Umfragen lediglich Ex-Außenminister Mate Granić (52 Jahre) Chancen auf einen Wahlerfolg hatte, tat sich die HDZ schwer, ihn zum Kandidaten zu küren. Die Partei beschloss, ihren Präsidentschaftskandidaten erst nach den Parlamentswahlen am 3. Januar 2000 zu präsentieren. Grund für die Verzögerung war der Konkurrenzkampf zwischen Mate Granić, Leitfigur des liberalen Flügels der Partei, sowie den beiden „Hardlinern“, Vladimir Šeks, Vize-Parteivorsitzender, und Ivić Pasalić, Ex-Berater des Präsidenten. Šeks, der als Gründungsmitglied und Partei-Vize über eine solide Hausmacht in der HDZ verfügt, beharrte bis zuletzt auf seinem Anspruch auf die Kandidatur.

So kam die Bekanntgabe der Nominierung zum offiziellen Präsidentschaftskandidaten der HDZ am 5. Januar 2000 für Mate Granić viel zu spät. Die schwere Wahlniederlage bei den Parlamentswahlen zwei Tage zuvor sowie die Verstrickung von Granić mit dem früheren Regime ließen seine Popularitätswerte deutlich zurückgehen. Da half auch nicht, dass er alle Parteiämter niederlegte und ankündigte, im Falle eines Wahlsieges aus der HDZ austreten zu wollen, um als „Präsident aller Kroaten“ amtieren zu können.

Als Favorit für die Wahlen zum Staatsoberhaupt galt der Vorsitzende der Sozialliberalen Partei (HSLS), Dražen Budiša. Schon früh einigten sich die beiden Parteien der „Zweierkoalition“ auf eine Aufteilung der zukünftigen Führungspositionen im Staat: SDP-Chef Račan übernimmt das Amt des Ministerpräsidenten, HSLS-Vorsitzender Budiša wird Präsidentschaftskandidat. Der 51-jährige Budiša, Studentenführer während des „kroatischen Frühlings“ 1971, war mehrere Jahre politischer Gefangener des Tito-Regimes. Nach der Unabhängigkeit Kroatiens diente er Anfang der neunziger Jahre kurze Zeit als Minister in Tuđmans „Regierung der nationalen Einheit“. 1992 trat er bei den Präsidentschaftswahlen gegen Tuđman an, erlitt jedoch eine schwere Niederlage.

Mit der plötzlichen Nominierung von Stipe Mesić (65 Jahre) zum Präsidentschaftskandidaten der „Vier-

erkoalition“ Mitte Januar wurden die Karten im Wettbewerb um das Amt des Staatsoberhaupts neu gemischt. Mesić war 1991 letzter Vorsitzender des Bundespräsidiums im alten Jugoslawien, zu einer Zeit, als der Krieg schon begonnen hatte und der Staatenbund sich in Auflösung befand. In den siebziger Jahren erfuhr er ein ähnliches Schicksal wie Budiša – als Aktivist der demokratischen Protestbewegung „kroatischer Frühling“ kam er ins Gefängnis. Nach der Gründung der HDZ wurde er Weggefährte Tuđmans, zunächst als Generalsekretär der HDZ, später als Ministerpräsident und Parlamentspräsident der Teilrepublik Kroatien. 1994 wurde Mesić wegen dissidenter Äußerungen und Bestrebungen aus der HDZ ausgeschlossen. Er ist Mitglied der Volkspartei (HNS).

Der als Außenseiter in den Wahlkampf eingestiegene Mesić konnte in den Meinungsumfragen binnen kurzer Zeit Budiša auf Platz zwei verdrängen. Dies ist vor allem auf sein persönliches Charisma zurückzuführen.

■ Ergebnisse der Präsidentswahlen

Der Staatspräsident wird in Kroatien direkt von Volk gewählt. Er verfügt über umfangreiche Vollmachten, die politische Ordnung kann insofern als ein semipräsidiales System bezeichnet werden. Eine Verfassungsänderung, mit der die Machtfülle des Präsidenten entsprechend einem parlamentarischen System reduziert werden soll, ist von der neuen Regierungskoalition bereits angekündigt worden.

Die erste Runde der Präsidentschaftswahl am 24. Januar 2000 hat Stipe Mesić mit 41,1 Prozent der Stimmen mit großem Vorsprung für sich entschieden. Dražen Budiša erreichte nur 27,7 Prozent, Mate Granić kam auf 22,5 Prozent und schied somit aus dem Rennen aus. Bei der Stichwahl am 7. Februar 2000 werden Mesić und Budiša erneut gegeneinander antreten. Nach dem deutlichen Sieg bei der ersten Runde gilt Mesić als klarer Favorit der zweiten Wahlrunde. Die restlichen Stimmen verteilten sich auf die sechs übrigen Kandidaten, wobei lediglich einer von ihnen (der parteilose Slaven Letica) über vier Prozent kam. Die Wahlbeteiligung lag mit 63 Prozent deutlich niedriger als bei den Parlamentswahlen drei Wochen zuvor.

I Ergebnisse der ersten Runde der Wahlen zum Staatspräsidenten Kroatiens am 24. Januar 2000:

(Quelle: Kroatische Wahlkommission)

Stjepan (Stipe) Mesić (HNS)	41,11 %	(1 100 671 Stimmen)
Dražen Budiša (HSLS)	27,71 %	(741 837 Stimmen)
Mate Granić (HDZ)	22,47 %	
Slaven Letica (unabhängig)	4,14 %	
Anto Đapić (HSP)	1,84 %	
Ante Ledić (unabhängig)	0,85 %	
Tomislav Mercep (HPS)	0,85 %	
Ante Prkacin (NH)	0,28 %	
Zvonimir Separović (unabhängig)	0,27 %	

Es wurden 2 677 561 Stimmen abgegeben, bei insg. 4 251 109 Wahlberechtigten stellt dies eine Wahlbeteiligung von 62,98 Prozent dar.

Dass Mesić, der als Außenseiter ins Rennen ging, sich bei den Präsidentschaftswahlen so eindrucksvoll durchsetzen konnte, ist vor allem auf sein persönliches Charisma zurückzuführen. Er führte einen bürgernahen Wahlkampf, setzte sich als Mann des Volkes in Szene. In seinen Reden prangerte er die HDZ- und Tuđman-Herrschaft an, gab sich aber auch als unabhängig gegenüber der neuen Regierungskoalition. Er versprach, Kroatien nach Europa zu führen, Reformen voranzubringen, den Staat zu demokratisieren und zu dezentralisieren. Im Vergleich zu dem steif und trocken erscheinenden Budiša wirkte Mesić charmant und witzig.

Granić befand sich im Wahlkampf in der schwierigen Lage, dass er die Beseitigung von Missständen versprechen musste, die er als langjähriger Außenminister und HDZ-Vizevorsitzender selbst mitzuverantworten hatte. Er war zwar in keinerlei Korruptionsskandalen verwickelt und trat immer wieder als Kritiker der gröbsten Verfehlungen seiner Parteifreunde auf, aber das nützte ihm nichts. Zu lange hatte er die fragwürdige Politik mitgetragen, zu lange war er Teil des Systems. Das er nach der Wahlniederlage die Gründung einer neuen Partei ankündigte, ist eine späte Konsequenz aus dieser Erkenntnis.

■ Neue Regierung

Einen Tag nach den Präsidentschaftswahlen wurde der SDP-Parteivorsitzende Ivica Račan von Parlamentspräsident Vlatko Pavletić, der kommissarisch die Aufgaben des Staatspräsidenten ausübt, mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt. Noch am selben Tag stellte Račan sein Kabinett vor. Die Regierung basiert auf einem Koalitionsvertrag zwischen

den Parteien der „Zweierkoalition“ und „Viererkoalition“ vom 20. Januar 2000, wonach die Ministerposten entsprechend dem Wahlergebnis nach einem Schlüssel 50 Prozent für die SDP, 25 Prozent für HLSL und 25 Prozent für die restlichen vier Parteien aufgeteilt werden.

Dem neuen Kabinett gehören 22 Mitglieder an. Erster Stellvertretender Ministerpräsident ist Goran Granić von der HSLS, ein Bruder des Ex-Außenministers Mate Granić. Weitere zwei Stellvertreter des Premiers werden Slavko Linić und Frau Željka Antunović (Beide SDP). Ferner gehören 19 Minister (bisher 17) zum Regierungsteam.

Die neue Regierung hielt noch am Freitag, dem 28. Januar 2000, ihre erste Sitzung ab. Ministerpräsident Račan erklärte, seine Regierung werde alles tun, damit sich Kroatien als verlässlicher wirtschaftlicher und politischer Partner Europas erweise. Sie wolle die Wirtschaftsprobleme mit Entwicklungsprogrammen lösen, nicht mit einer neuen Staatsverschuldung. Als nächste Schritte nannte Račan die Aufstellung eines neuen Budgets für das laufende Jahr und die Vorstellung des neuen Regierungsprogramms, das Anfang Februar dem Parlament vorgelegt werden soll. Der Staatshaushalt soll noch in diesem Jahr um 17 Prozent gekürzt werden, die Auslandsverschuldung reduziert, die Verbrauchersteuern und Abgaben für Investoren gesenkt werden. Die Regierung sei sich der schwierigen Situation bewusst, in der sie ihre Aufgaben übernehme. Sie rufe deshalb alle verantwortlichen Kräfte im Lande auf, ihr bei der Überwindung der wirtschaftlichen und politischen Krise zu helfen.

Mit der Ernennung der neuen Regierung ist das Interregnum in Kroatien abgeschlossen. Der Machtwechsel wurde somit ohne krisenhafte Konvulsionen vollzogen, nicht zuletzt dank des konstruktiven Verhaltens der bisherigen Regierungspartei.

■ Neuer Staatspräsident

Aus der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen ist Stipe Mesić mit 56,00 Prozent der Stimmen als klarer Sieger hervorgegangen. Seinen Wahlerfolg hat Mesić u.a. dem Verhalten der HDZ-Wähler zu verdanken, die wider Erwarten nicht für Budiša gestimmt haben. Die Wahlbeteiligung lag mit 60,88 Prozent niedriger als bei der ersten Wahlrunde.

**I Zusammensetzung
der neuen Regierung
Kroatiens:**

Ivica Račan (SDP)	Ministerpräsident
Goran Granić (HSLS)	1. Stellv. Ministerpräsident
Slavko Linić (SDP)	Stellv. Ministerpräsident
Željka Antunović (SDP)	Stellv. Ministerpräsidentin
Tonino Picula (SDP)	Außenminister
Mato Crkvenac (SDP)	Finanzminister
Jozo Radoš (HSLS)	Verteidigungsminister
Šime Lučin (SDP)	Innenminister
Radimir Čačić (HNS)	Minister für Öffentliche Arbeit, Wiederaufbau und Bauwesen
Goranko Fižulić (HSLS)	Wirtschaftsminister
Ivica Panžić (SDP)	Minister für kroatische Veteranen des Vaterlandskrieges
Antun Vujić (SDP)	Kulturminister
Božidar Pankretić (HSS)	Minister für Agrar- und Forstwirtschaft
Alojz Tušek (HSLS)	Minister für Seefahrt, Verkehr und Transport
Stjepan Ivanišević (SDP)	Justizminister
Božo Kovačević (LS)	Minister für Raumordnung, Bauwesen und Wohnungen
Vladimir Strugar (HSS)	Minister für Bildung und Sport
Davorko Vidović (SDP)	Minister für Arbeit und Soziale Angelegenheiten
Pave Župan- Rusković (parteilos)	Ministerin für Tourismus
Ana Stavljenić- Rukavina (parteilos)	Gesundheitsministerin
Hrvoje Kraljević (HSLS)	Minister für Wissenschaft und Technologie
Ivan Jakovčić (IDS)	Minister für europäische Integration
Željko Pecek (HSS)	Minister für Handwerk, kleine und mittelständige Unternehmen

Quelle: *Večernji list*, 28.2.2000

Die Amtszeit des neuen kroatischen Staatspräsidenten beträgt fünf Jahre. Mesić kündigte an, „Präsident aller Bürger Kroatiens“ sein zu wollen. Er werde deshalb aus der Kroatischen Volkspartei (HNS) austreten. Als vorrangige politische Ziele seiner Amtszeit nannte Mesić die Heranführung Kroatiens an die Europäische Union und die NATO. Die Souveränität und territoriale Integrität des Nachbarstaates Bosnien-Herzegovina solle vorbehaltlos anerkannt werden – dies ist eine klare Absetzung von der Doktrin Tuđmans. Die bisherige finanzielle und politische Unterstützung Zagrebs für die nationalistischen Scharfmacher in der kroatischen Herzegovina wird somit eingestellt. Zu erwarten ist ferner, dass Kroatien den Forderungen des Haager Tribunals zur Auslieferung kroatischer Kriegsverbrecher im vollem Umfang entsprechen wird.

Mesić erklärte sich außerdem bereit, bei der von der neuen Regierung angekündigten Verfassungsänderung zur Beschneidung der Kompetenzen des Staatspräsidenten konstruktiv mitzuwirken. Doch hat der Präsident ebenfalls in Aussicht gestellt, er werde die Regierung überwachen und sie zur Ordnung rufen, falls sie nicht den angekündigten Reformweg fortsetzen wird. Ihm werden Eigenschaften eines durchaus machtbewussten Mannes zugeschrieben. Nach der bisherigen Verfassung schließt der kroatische Präsident internationale Verträge, ernennt und entlässt den Ministerpräsidenten, kann Regierungssitzungen leiten und das Parlament auflösen. Er ist ebenfalls Oberbefehlshaber der Armee.

■ Fazit

Die Wahlen in Kroatien haben das Ende des alten politischen Systems besiegelt. Das niederschmetternde Votum gegen die bisherige Regierungspartei ist ein Protest der Bürger gegen Korruption und Vetternwirtschaft, gegen politische Stagnation, ökonomische Krise und internationale Isolierung. Vor der neuen Regierung stehen gewaltige Aufgaben – von ihr erwartet die Bevölkerung die Lösung all dieser Probleme.

Ob der neuen politischen Führung eine tiefgreifende Erneuerung des Landes gelingen wird, muss sich erst erweisen. Ein Großteil der neuen Mannschaft sind Vertreter jener Generation, die ihre politische Prägung noch zu kommunistischen Zeiten erhalten hat.

Das Manuskript wurde am 9. Februar 2000 abgeschlossen.